

LIEBE BÜRGERINNEN UND BÜRGER, LIEBE GENOSSINNEN UND GENOSSEN,



mit unserem Ostholsteinbrief informieren wir seit mittlerweile rund neun Jahren über aktuelle politische Themen und die SPD im Kreis Ostholstein. In dieser Ausgabe berichten wir unter anderem von der Wahl unserer neuen Landesvorsitzenden. Denn seit Ende Mai hat mit Serpil Midyatli zum ersten Mal eine Frau das Steuer im nördlichsten Landesverband der SPD übernommen.

Den Schwerpunkt legen wir aber auf Europa. Denn am 26. Mai stehen europaweit die Wahlen für das Europäische Parlament an. Europa ist derzeit in aller Munde, nicht zuletzt wegen des Brexits. Aber noch immer wird die Debatte darüber, wo die EU in den nächsten Jahren hin soll, sehr zaghaft geführt. Als SPD haben wir eine klare Vorstellung: Wir wollen mehr Europa!

Denn nur zusammen wird es gelingen, das Klima zu schützen, große Konzerne gerecht zu besteuern und den Frieden zu wahren.

Die Europawahl ist auch deshalb so wichtig, weil auf dem ganzen Kontinent Populisten und Nationalisten die Uhren um 80 Jahre zurückstellen wollen. Die Geschichte lehrt uns, wohin solche Bestrebungen immer geführt haben. Meine Bitte: Nutzen Sie Ihr Wahlrecht und setzen Sie am 26. Mai ein starkes Zeichen! ■

Solidarische Grüße
Ihr und euer

Niclas Dürbrook
Kreisvorsitzender

INHALT	SEITE
Editorial	1
Europa für alle	2
Impressum	2
Landesparteitag	3
Lärm in Bad Schwartau	4
Schulbus bis Klasse 10	6
Dialog-Workshop	6
Insektenparadiese	7
Familihtag	8
Europatruck in OH	8

EUROPA

WIE BETRIFFT MICH DIE EU?

Die EU – ein Staatenbund aus 28 Mitgliedern mit einem gemeinsamen Parlament, welches am 26. Mai 2019 neue Abgeordnete erhält. Soweit so gut, aber wieso das Ganze? Reicht nicht der Bundestag, um Deine Anliegen durchzusetzen? Wo siehst Du die Veränderungen oder Richtlinien, die die EU für Dich durchgesetzt hat? Für viele von uns sind manche Beschlüsse und Verordnungen aus dem europäischen Parlament schwer greifbar. Doch die EU ist näher als Du denkst. Die Grundideen der Europäischen Union sind unter anderem die Förderung des Friedens und Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit ohne Binnengrenzen. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde klar, dass es ein starkes Zusammenwachsen der Staaten braucht, um kriegerische Auseinandersetzungen zu meiden. Dazu sollte eine wachsende wirtschaftliche Zusammenarbeit genutzt werden.

Peace, love and happiness Der französische Außenminister Robert Schumann formulierte 1950 die europäische Idee. Die Europäischen Staaten sollten wirtschaftlich so eng miteinander vernetzt werden, dass Kriege nahezu unmöglich erscheinen. Seit mehr als einem halben Jahrhundert gab es in der Europäischen Union keinen Krieg mehr, dies ist der längste Zeitraum in der europäischen Geschichte, in dem es keine Kriege gab. Dafür wurde die EU sogar 2012 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet.

Money makes the world go round Wenn Du im Sommer in den Urlaub nach Italien fährst, musst Du kein Geld wechseln. In Italien und 18 weiteren Ländern kannst Du seit 2002 mit dem Euro zahlen. Neben stabilen Preisen für Bürger*innen und Verbraucher*innen und einem größeren Gewicht der EU im globalen Markt entstand ein stärker integrierter Finanzmarkt.

Einmal Europa als Kostprobe? Bitteschön! Für viele Studierende werden Auslandsaufenthalte immer wichtiger. Entweder um eine neue Kultur kennen zu lernen, sich auf dem Arbeitsmarkt attraktiver zu machen, um neue Netzwerke aufzubauen oder dem langweiligen Audimax zu entkommen. Doch oft sind Auslandsaufenthalte mit hohen Kosten verbunden. Zudem ist die Organisation des Aufenthaltes sehr aufwendig. Einschreibung an der Uni, eine WG finden und einen Job, um das alles bezahlen zu können. Das Austauschprogramm der Europäischen Union ermöglicht es Student*innen, in einem EU-Land für 3-12 Monate zu studieren oder ein Praktikum aufzunehmen und finanziell gefördert zu werden. ERASMUS ist das weltweit größte Förderprogramm für Auslandsaufenthalte an Universitäten innerhalb der EU.

Erasmus+ Über 250 000 deutsche Studierende haben zwischen 2014 und 2020 gute Aussichten auf ein Erasmusstipendium, mit

dem sie in einem anderen europäischen Land studieren können. Neben organisatorischer Hilfe übernimmt die EU einen Teil der Lebenshaltungskosten im Gastland von bis zu 500 Euro pro Monat. 872 Personen aus Schleswig-Holstein konnten 2015/2016 dank Erasmus ins EU-Ausland gehen und 294 konnten mithilfe der Erasmus-Förderung für einen Studienaufenthalt zu uns in *den echten Norden* kommen.

Comenius-Programm Seit 1995 fördert die EU die europaweite Zusammenarbeit von Schulen im Rahmen des Comenius-Programms. Ganz im Sinne des Namensgebers für dieses EU-Programm lernen Schüler*innen durch die gemeinsame Arbeit an Projekten die Sitten und Bräuche anderer Länder kennen und knüpfen Freundschaften.

Die grenzenlose Freiheit Apropos Reisen – seit dem Schengener Abkommen 1985 wurden Grenzkontrollen gecancelt. Passkontrollen Ade! So ist es für Dich nicht problematisch, mit der Bahn nach Paris, Brüssel oder Dänemark zu reisen. Wer an der Grenze zu Dänemark wohnt, kann auch problemlos dort arbeiten. Es ist Deine persönliche Freiheit, wo Du innerhalb der EU studieren, leben, arbeiten möchtest.

Familienplanung Die Europäische Union verabschiedete 1992 eine Richtlinie, die Müttern das Arbeiten erleichterte. Die Richtlinie sieht vor, dass schwangere, stillende Arbeitnehmerinnen und Wöchnerinnen vor Diskriminierung am Arbeitsplatz geschützt werden. Die Schwangeren müssen für Vorsorgeuntersuchung während ihrer Schwangerschaft von der Arbeit freigestellt werden. Daraus dürfen sich aber keine Benachteiligungen der Frauen in Lohn oder Gehalt ergeben. Die Mutterschutzrichtlinie sieht unter anderem vor, dass es Arbeitgeber*innen verboten ist, den oben genannten Frauen Nachtarbeit vorzuschreiben. Zudem muss Müttern ein Mutterschaftsurlaub von bis zu 14 Wochen Urlaub gewährt werden. Jeweils ein Elternteil hat Anspruch auf mindestens vier Monate Elternurlaub, um sich um das Kind zu kümmern. Außerdem gibt es hohe Standards für Babynahrung und Kinderspielzeug.

Der grüne Planet Im Vertrag der Europäischen Union wurde 1997 festgelegt, dass eines der politischen Ziele Nachhaltigkeit

ist. Dies wurde im Vertrag von Amsterdam festgehalten. In den weiteren Jahren nahm sich die EU das Ziel, die Artenvielfalt zu erhalten, den Klimawandel zu stoppen und verantwortungsvoll mit den natürlichen Ressourcen umzugehen. So wurde unter dem Titel *Europa 2020* eine Wachstumsstrategie für die Wirtschaft unter nachhaltigen Aspekten beschlossen. Wirtschaft soll emissionsarm und ressourcenfreundlich gestaltet und nicht nur auf den Wettbewerb ausgerichtet sein. Im Alltag findest Du auch Spuren der EU für eine nachhaltigere Umwelt. 2010 wurde das EU-Bio-Siegel verbindlich für alle Lebensmittel, die sich *Bio* nennen wollen. Das weiße Blatt aus Sternen auf einem grünen Hintergrund symbolisiert einen kontrollierten biologischen Anbau, der *ökologisch* ist.

Die Fahrkarten bitte Eine EU-Verordnung garantiert Fahrgästen bei großen Verspätungen eine Entschädigung. Ab einer Stunde Verspätung muss die Bahn 25 Prozent des Fahrpreises erstatten. Ab zwei Stunden werden 50 Prozent erstattet.

Ein Ladekabel für alle Auf Druck der EU-Kommission haben sich 13 führende Hersteller von Mobiltelefonen auf einheitliche Standards für Netzteile von datenfähigen Mobiltelefonen geeinigt. Das Ergebnis: Alle diese Telefone können mit einem einfachen USB-Stecker aufgeladen werden. Für die Umwelt bedeutet das weniger Elektroschrott. Telefonieren aus dem Ausland wurde billiger: Die EU-Kommission setzte die Senkung der so genannten Roaming-Gebühren durch. Urlauber zahlen viel weniger für Telefonate aus dem Ausland nach Deutschland als früher.

14-Tage-Umtauschrecht Dank der EU können alle telefonisch oder online erworbenen Artikel 14 Tage nach Kauf ohne Grund umgetauscht werden.

Was kostet die Welt? Der einheitliche Euro-Zahlungsverkehrsraum (SEPA), der die gesamte EU und einige weitere Länder umfasst, in denen mit Euro gezahlt wird. Durch SEPA sind grenzüberschreitende Zahlungsvorgänge günstiger, schneller und sicherer geworden. ■

Lea Benecke

Stellvertretende Landesvorsitzende der Jusos

Impressum/Redaktion

V.i.S.d.P. Niclas Dürbrook, Kreisvorsitzender. **Redaktion** Niclas Dürbrook, Susanne Böttcher-Meyners und Beate Müller-Behrens. **Korrektur** Susanne Böttcher-Meyners. **Layout und Schlussredaktion** Beate Müller-Behrens.

SPD Kreisverband Ostholstein
Lübecker Straße 6
23701 Eutin

Telefon 04521/59 57
kv-ostholstein@spd.de
www.spd-ostholstein.de

Mails an die Redaktion: Niclas Dürbrook niclasduerbrook@gmx.de und Beate Müller-Behrens beatemuellerbe@yahoo.de

Wir bedanken uns bei Eva, Gesa und Ulrike für die informativen Europatexte und die wunderbare Zusammenarbeit. Alles Gute!



LANDESPARTEITAG IN NORDERSTEDT

NEUER STIL, NEUES GESICHT – SERPIL MIDYATLI



Ein Schnellschuss war ihre Bewerbung sicherlich nicht. Bereits im September 2018 hatte Serpil Midyatli (43) angekündigt, beim Landesparteitag 2019 als Landesvorsitzende zu kandidieren. Eine Ankündigung, die von der Landtagsabgeordneten aus Gettorf am letzten März-Wochenende beim Parteitag in Norderstedt selbstbewusst umgesetzt wurde. Mit über 90 Prozent wählten die rund 200 Delegierten sie zur neuen Landesvorsitzenden. Erstmals steht damit eine Frau an der Spitze des Landesverbandes, der mit Heide Simonis immerhin die deutschlandweit erste Ministerpräsidentin in eine Staatskanzlei gebracht hatte.

Mehr Dialog, klare Kante und voller Einsatz für die Alltagsprobleme der Menschen. Das waren drei der Botschaften, die Serpil mit ihrer Kandidatur verband. Bei den Delegierten kam das an. Auch aus Ostholstein bekam sie breite Unterstützung, schließlich war Serpil in der Vergangenheit in Ostholstein ein häufiger Gast. Egal ob es um die Zukunft der Kitaversorgung im Kreis oder den Stopp der Abschiebung einer gut integrierten Flüchtlingsfamilie ging – auf Serpil war Verlass. Jetzt sind wir gespannt auf die Zusammenarbeit mit unserer neuen Landesvorsitzenden und freuen uns, sie schon bald wieder in Ostholstein begrüßen zu dürfen.

RALF STEGNER VERABSCHIEDET

Der Landesparteitag war zugleich der letzte Termin von Ralf Stegner als scheidender Landesvorsitzender. 12 Jahre lang hatte er den Landesverband geführt – so lange stand vor ihm nur unser ehemaliger Sozialminister Günther Jansen aus Eutin an der Spitze der SPD Schleswig-Holstein. Mit minutenlangem Applaus dankten die Delegierten Ralf



Stegner als scheidender Landesvorsitzender. 12 Jahre lang hatte er den Landesverband geführt – so lange stand vor ihm nur unser ehemaliger Sozialminister Günther Jansen aus Eutin an der Spitze der SPD Schleswig-Holstein. Mit minutenlangem Applaus dankten die Delegierten Ralf

Stegner für seinen jahrelangen Einsatz. Ralf bleibt der Landespartei als Fraktionsvorsitzender im Landtag und stellvertretender Parteivorsitzender in Berlin erhalten.

KATHARINA BARLEY ZU GAST

Nicht allzu weit bis nach Norderstedt hatte es Katharina Barley, Justizministerin und Spitzenkandidatin der SPD zur Europawahl. Denn vor ihrem Besuch bei den Genossinnen und Genossen in Schleswig-Holstein stand ein Termin bei der SPD Mecklenburg-Vorpommern auf ihrem Programm. Eindringlich warb sie für die Europawahlen am 26. Mai. Nur eine starke EU könne für eine gerechte Besteuerung der großen Konzerne sorgen, soziale Verwerfungen bekämpfen oder erfolgreich für Klimaziele streiten. Dafür brauche es eine starke sozialdemokratische Fraktion im neuen Parlament. Sie wolle sich dafür in den kommenden Wochen mit aller Kraft einsetzen.



KOSTENLOSER NAHVERKEHR UND BÜRGERGELD

Auch inhaltlich positionierte sich der Parteitag. So wurden Eckpunkte für ein neues Sozialstaatskonzept beschlossen. Unter anderem soll Hartz IV durch das Bürgergeld ersetzt und die Grundrente für langjährig Beschäftigte eingeführt werden. Breiten Raum nahmen auch die Diskussionen über Klimaschutz und Mobilität ein. Die SPD Schleswig-Holstein fordert die konsequente Einhaltung der Klimaziele und setzt sich langfristig für den kostenfreien Nahverkehr ein, der gleichzeitig insbesondere im ländlichen Bereich deutlich ausgebaut werden soll. ■

Niclas Dürbrook,
Kreisvorsitzender



SOS FÜR BAD SCHWARTAU SOLIDARITÄT FÜR ÜBERGESETZLICHEN LÄRMSCHUTZ

Die Mensa der Elisabeth-Selbert-Gemeinschaftsschule in Bad Schwartau platzte am 26.03.2019 fast aus allen Nähten, mehr als 150 Gäste strömten zur SPD-Veranstaltung. Gemeinsam mit der Landtagsabgeordneten Sandra Redmann und meinem SPD-Bundestagskollegen aus dem Verkehrsausschuss Mathias Stein begrüßten wir den Bürgermeister der Stadt Bad Schwartau, Dr. Uwe Brinkmann und Malte Siegert aus Hamburg, den Fehmarnbelt-Experten und Leiter Umweltpolitik des NABU e.V. zur Diskussion.

Neben vielen betroffenen Bürgerinnen und Bürgern aus Bad Schwartau waren auch die Vertreter*innen der Bürgerinitiativen sowie viele Kommunalpolitiker*innen aus ganz Ostholstein gekommen, um sich aus erster Hand zu informieren. Schön, dass auch Vertreter*innen der Grünen, der FDP und der CDU der Einladung gefolgt waren.

VERUNSICHERUNG DURCH UNBEGRÜNDETEN ZEITDRUCK

Diese große Resonanz spiegelt nicht nur das massive Interesse am Thema Lärmschutz an der Hinterlandanbindung der Festen Fehmarnbeltquerung wider, sondern vor allem auch die aktuell große Verunsicherung, die in Bad Schwartau herrscht. Diese wurde maßgeblich durch die öffentlichen Aussagen des Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesverkehrsministerium Enak Ferlemann, des schleswig-holsteinischen Verkehrsministers Bernd Buchholz und des CDU-Bundestagsabgeordneten Ingo Gädechens bezüglich eines angeblich straffen Zeitplans zur Einigung verursacht.

Am 14. Februar war der 20-köpfige Projektbeirat aus Ostholstein zu offiziellen Gesprächen nach Berlin gereist und war seitens dieser drei Herren der CDU und FDP auf eine eiserne Mauer der Kompromisslosigkeit gestoßen. Tenor: Angeblich noch vor Ostern müsse der Forderungskatalog des Dialogforums beim Berliner Verkehrsministerium sein und Bad Schwartau die vorgeschlagene Minimallösung mit einem nur 2,5 m tiefen Trog (für 90 Mio. Euro) akzeptiert haben – sonst drohe, dass der Antrag aus Ostholstein ohne die Belange Bad Schwartaus abgeschickt

würde und die größte Stadt an der Güterschwerverkehrstrasse komplett leer ausginge.

Das ist natürlich totaler Unsinn und dient allein der Panikmache vor Ort. Erstens wäre ein Antrag aus Ostholstein ohne Bad Schwartau, wo 60 Prozent aller vom Lärm durch den Güterverkehr betroffenen Anwohner leben, in Berlin gar nicht beratungsfähig und zweitens gibt es absolut keinen Zeitdruck für den Beschluss im Bundestag. Warum?

In ihrer aktuellsten Finanzanalyse von 2016 setzt Femern A/S einen Kieler Planfeststellungsbeschluss zum Belttunnel im Jahr 2017 und einen Baubeginn 2019 voraus. Sie prognostizierten 2016 deshalb – bei einer Bauzeit von 8,5 Jahren – eine mögliche Eröffnung in 2028. Fakt ist aber, dass dieser Zeitplan längst überholt ist – und zwar durch die ständig mangelhafte Zulieferung von Femern A/S an notwendigen Planunterlagen.

Der Planfeststellungsbeschluss wurde erst am 31. Januar 2019 gefasst, wogegen bis zum 8. Mai 2019 Klage vor dem Bundesverwaltungsgericht erhoben werden kann – zwei Jahre später als Femern A/S es noch 2016 annahm. Demzufolge kann es vor Ende 2021 kein Urteil und logischerweise auch keine Eröffnung vor dem Jahr 2030 geben. Dann haben der Bau von Hinterlandanbindung und Sundquerung allerdings auch bis mindestens 2030 Zeit – und müssen nicht, wie die Bahn immer wieder behauptet, 2028 fertig sein.

Es ist unverantwortlich, die über sechsjährige Arbeit des Dialogforums und die Akzeptanz in der Region für dessen gute Arbeitsergebnisse durch den unbegründeten zeitlichen Druck von Bahn und Verkehrsministerium unnötig aufs Spiel zu setzen.

Der Versuch, ein Forderungspapier durchzuboxen, das in Bezug auf Bad Schwartau eine Billigvariante darstellt und nicht den Lärmschutz für die Bürgerinnen und Bürger zum Maßstab macht, darf nicht gelingen.

GEBALLTER FBQ-SACHVERSTAND AUF DEM PODIUM

Die SPD-Veranstaltung am 26. März kam genau zum richtigen Zeitpunkt, der Informationsbedarf der Bürgerinnen und Bürger



Foto © Jan Jensen

war groß. Über zweieinhalb Stunden haben wir die vielen unter den Nägeln brennenden Fragen beantwortet und Aufklärungsarbeit geleistet und so die eindeutigen Falschaussagen von Ferlemann, Buchholz und Gädechens klar widerlegt.

Für Ostholstein ist es ein Glücksfall, dass im Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestages der Kieler Mathias Stein als SPD-Berichterstatter für Bürgerbeteiligung, Planungsbeschleunigung und zusätzlich für genau diesen Antrag zum übergesetzlichen Lärmschutz aus Ostholstein federführend zuständig ist. Er zeigte sich ebenfalls mehr als verwundert über den künstlichen Zeitdruck des Bundesverkehrsministeriums, das bislang keinerlei Informationen zum Verfahren an den Verkehrsausschuss übermittelt hat. Transparenz? Fehlanzeige!

Ebenfalls auf dem Podium vertreten waren die umweltpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion Sandra Redmann und Malte Siegert, der Fehmarn-Belt-Experte des NABU. Gemeinsam kämpfen wir seit über 15 Jahren gegen die feste Beltquerung und waren überwältigt von der immensen Beteiligung an unserer Veranstaltung. Da der NABU voraussichtlich als großer Umweltverband gegen die Beltquerung klagen wird, war es informativ, dass Malte Siegert als Special Guest zu dem just am selben Tag ausgelegten Planfeststellungsbeschluss zum Tunnel aus erster Hand berichten und seine kritischen Anmerkungen erläutern konnte. Bereits vor zehn Jahren wurde Malte Siegert offiziell als Sachverständiger im Verkehrsausschuss des Bundestages zu dem FBQ-Staatsvertrag im Bundestag gehört und war auch an diesem Abend mit seinem endlosen Erfahrungs- und Wissensschatz eine große Bereicherung und Informationsquelle für alle Gäste.

FORTSCHRITTE IN DER MEDIATION, ABER WAS TUT DAS LAND SCHLESWIG-HOLSTEIN?

Nachdem Dr. Uwe Brinkmann nach den ersten von drei Gesprächen auf der Veranstaltung in Bad Schwartau noch keine Details berichten konnte, traten am 5. April Reinhard Sager und Christoph Jessen nach dem dritten Gespräch mit dem Mediationsvorschlag an die Presse. Das Mediationsergebnis umfasst einen 3,20m tiefen Trog. Deutsche Bahn und Verkehrsministerium hatten nach dem Mediationsgespräch mit Bürgermeister Dr. Uwe Brinkmann öffentlich zugesichert, in Sachen Lärmschutz „Bad Schwartau entgegenzukommen“. Der Bürgermeister stimmte jedoch dem Ergebnis noch nicht zu, weil die Bahn nicht plausibel darstellen konnte, welche Verbesserungen diese neue Lösung für zusätzlichen Lärm- und Erschütterungsschutz für Bad Schwartau bringen könnte. Im gleichen Atemzug legte der CDU-Staatssekretär Ferlemann ohne jede Begründung öffentlich die Frist zur Entscheidungsfindung für Bad Schwartau auf den 12. April. Es sollten also die ehrenamtlichen Kommunalvertreter*innen und der Bürgermeister innerhalb von nur fünf (!) Tagen den Vorschlag prüfen und eine Entscheidung fällen – und das dazu noch in den Osterferien und der Urlaubszeit. Eine Frechheit gegenüber allen Ehrenamtlichen der Stadt!

Doch damit nicht genug, am 10. April übergab der Chef des Dialogforums Christoph Jessen mit FDP-Verkehrsminister Bernd

Buchholz dann werbewirksam zu meiner größten Überraschung den Forderungskatalog aus Ostholstein an den Parlamentarischen Staatssekretär Enak Ferlemann – und zwar ausgerechnet in der Dänischen Botschaft in Berlin anlässlich eines Empfanges, der mit dieser Übergabe eigentlich nichts zu tun hatte.

WAS STEHT IM PAPIER DES DIALOGFORUMS?

Auf Seite 14 (von 35 Seiten) erscheint eine Matrix, in der die kalkulierten Kosten für übergesetzliche Lärmschutzmaßnahmen in Ostholstein aufgelistet sind: Während Mitte Februar beim Besuch des Dialogforums in Berlin in dieser Matrix noch die Summe von 90 Mio. Euro für den Lärmschutz-Trog in Bad Schwartau standen, stehen da jetzt klammheimlich nur noch 50 Mio. Euro. Wie soll mit nur gut der Hälfte der Mittel optimaler Lärmschutz realisiert werden?

Nur einen Tag später, am 11. April 2019, kam daher Bürgermeister Dr. Uwe Brinkmann kurzfristig zu einem intensiven Gedankenaustausch mit Johannes Kahrs, dem Chef der SPD-Haushalter, nach Berlin. Der Antrag aus Ostholstein von ca. 500 Mio. Euro muss im Haushaltsausschuss beschlossen werden, bevor er im Bundestag diskutiert und abgesegnet werden kann. Johannes Kahrs machte seine uneingeschränkte Unterstützung für einen effektiven Lärm- und Erschütterungsschutz in Bad Schwartau deutlich, zeigte starke Sympathie für eine Troglösung und sagte seinen Besuch vor Ort zu. Außerdem folgte auch der Ausschussvorsitzende des Verkehrsausschusses und Grünenpolitiker Cem Özdemir meiner spontanen Einladung, um sich von Bürgermeister Dr. Uwe Brinkmann persönlich die Konfliktsituation schildern zu lassen, denn auch der Verkehrsausschuss wird den Antrag aus Ostholstein nach der Sommerpause zu beraten haben. Auch der zuständige SPD-Berichterstatter im Verkehrsausschuss, Mathias Stein, der ebenfalls am 26. März in Bad Schwartau anwesend war, nahm an den Gesprächen teil.

Wichtig bleibt vor allem: Es gibt absolut gar keine Eile. Dass die parlamentarische Befassung in Berlin ohnehin nicht vor Herbst 2019 stattfinden wird, wissen auch Herr Ferlemann und Herr Buchholz. Es geht im Bundeshaushalt lediglich um Verpflichtungsermächtigungen – wobei auch das Land gerne seinen Beitrag zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger leisten darf. 60 Mio. Euro hatte die CDU/FDP-Landesregierung von Peter-Harry Carstensen der Region damals als Landesbeitrag versprochen, um die Belastungen beim Lärmschutz, für Landwirtschaft und Tourismus abzufedern. Mit nur 45 Mio. Euro will sich die Kieler Jamaika-Regierung aber bislang beteiligen. Und das, obwohl Baden-Württemberg bei der Rheinaltrasse, die als Vorbild für Ostholstein gilt, im Verhältnis mehr als das Doppelte beigetragen hat, um den Kompromiss für die Menschen der Region zu ermöglichen. Es bleibt also spannend. Die Stadt Bad Schwartau ist gut vorbereitet. Und ich verspreche, dass wir wiederkommen und berichten, sobald der Antrag zum übergesetzlichen Lärmschutz aus Ostholstein im Bundestag vorliegt. ■

Herzlichst
Bettina Hagedorn, MdB

KREISTAGSFRAKTION

FREIE FAHRT BIS KLASSE 10

Nach über 15 Jahren hat es die SPD Fraktion endlich erreicht, dass der Kreistag die kostenfreie Beförderung von Schülern bis Klasse 10 beschlossen hat. Der SPD-Antrag auf 25-prozentigen Zuschuss ab Klasse 11 wurde abgelehnt.

Die Fraktion hatte beantragt, dass sich der Kreis mit einem Zuschuss in Höhe von 25 % an den Kosten einer Schüler-Monatskarte für die Fahrtstrecke vom Wohnort zur Schule und zurück innerhalb des Kreises für die Schüler*innen der Oberstufen und Auszubildende beteiligen soll, bis es zu einer Änderung des Schulgesetzes kommt.

Dieser Antrag wurde im Fachausschuss abgelehnt und das hat zu einer Welle der Betroffenheit geführt. Die Medien haben das Thema aufgenommen und viele Eltern haben sich an die Fraktion gewandt und uns gebeten, die Sache jetzt nicht auf sich beruhen zu lassen. Das hat uns bewogen, den Antrag im Kreistag zu wiederholen, er wurde aber von den anderen fünf Fraktionen und der Verwaltung abgelehnt.

Die SPD fordert ein Ende der Zwei-Klassen-Gesellschaft, wir wollen, dass auch Oberstufenschüler*innen und Auszubildende von den Fahrtkosten zwischen Wohn- und Schulort befreit werden. Denn der Weg zu den Bildungseinrichtungen vom Kindergarten und zu den Schulen muss kostenfrei sein. Familien müssen für ihre Kinder ab Klasse 11 z.B. monatlich 78 € (936 € im Jahr) aufbringen. Fahrkosten können schul- und sozialpolitisch nur als ungerecht angesehen werden und bringt viele Familien, insbesondere mit mehreren Kindern, in große finanzielle Schwierigkeiten. Deshalb erwarten wir, dass das Schulgesetz in Kiel schnellstens geändert wird. Eine Mutter hat es auf den Punkt gebracht: „Das Recht auf Bildung nach der 10. Klasse wird vom Geldbeutel der Eltern abhängig gemacht.“

Der Antrag der Fraktion sollte finanz- und umweltpolitische Signale setzen, Familien und die Umwelt entlasten, wenn weniger Schüler*innen mit dem Auto und von ihren Eltern zur Schule gefahren werden. Denn die Fridays for future Bewegung ist auch bei uns im Kreis angekommen. Wenn die Politik es nicht schafft, müssen die Schüler*innen ein deutliches Signal setzen.

Der Kreishaushalt weist einen hohen Überschuss aus und wir können wieder Geld ausgeben, weil wir in vielen Bereichen einen Nachholbedarf haben und das Geld bei der Bevölkerung ankommen muss. Die Gegner im Kreistag trafen eine sozialpolitisch unverträgliche Entscheidung und beriefen sich auf die einstimmigen Beschlüsse im Arbeitskreis ÖPNV. Der Arbeitskreis ist aber kein Beschlussgremium, dafür haben wir die Fachausschüsse. Es ist politisch und von der Sache her nicht zu rechtfertigen, dass Schüler*innen sowie Auszubildende in unserem Kreis bei der Erstattung von Fahrtkosten zur Schule und zu den Ausbildungsstellen weiterhin schlechter gestellt werden als in anderen Kreisen.

Die Fraktion kämpft weiter für einen Zuschuss an den Kosten der Monatskarte, bis es zu einer Änderung des Schulgesetzes kommt und der Schleswig-Holstein Tarif angepasst wird. ■

Burkhard Klinke
SPD Fraktionsvorsitzender

WORKSHOP

BÜRGERDIALOG 1.0

Am Samstag, dem 16.03.2019, haben wir uns in Oldenburg i.H. zum ersten Workshop des Projekts Bürgerdialog getroffen. Ziel des Projektes ist es, unser Wissen und unsere Erfahrungen über die Kommunikation unserer Politik in Ostholstein auszutauschen und weiterzuentwickeln.

Wie kommen wir mit den Menschen ins Gespräch, wie werden wir sichtbar, wie erlebbar und wie transportieren wir dabei unsere Politik?

Die Kommunikation ist dabei so vielfältig wie die Menschen und beschränkt sich nicht nur auf die neuen Medien wie Facebook oder die Internetseite eines Ortsvereins, sondern schließt auch die klassischen Formate wie Ortsvereinszeitungen, Flyer oder Pressearbeit ein. Kommunikation heißt aber auch miteinander zu reden und den Menschen zuzuhören.

Welche Möglichkeiten gibt es über den klassischen Wahlkampfstand hinaus ins Gespräch zu kommen?

Hierfür müssen wir auf die Menschen zugehen, indem wir das Gemeindeleben durch Veranstaltungen und Feste aktiver mitgestalten, aber auch neue Wege gehen, indem wir ein Feedbacksystem für unsere politische Arbeit, beispielsweise durch Wurfungen oder Wunschtafeln, aufbauen.

Diese Vielfältigkeit zeigt, dass dieses eine Mammutaufgabe ist, die nicht durch das eine ehrenamtlich tätige SPD-Mitglied geleistet werden kann. Wir müssen unsere Ressourcen besser nutzen, uns gegenseitig unterstützen und uns vernetzen. Wir brauchen eine Basis für den Austausch von Material und Wissen.

Wer will mit uns Ideen entwickeln und mitmachen?

Der Workshop hat vielversprechende Denkanstöße hervorgebracht, die es nun weiterzuentwickeln und umzusetzen gilt. Das Projekt Bürgerdialog wird fortgesetzt und jeder, der daran mitwirken möchte, ist willkommen.

Wir laden Euch herzlich zu unserem nächsten Treffen am 27.05.2019 um 19.00 Uhr in das Restaurant POLA POLA, Lankenstraße 1a, 23758 Oldenburg i.H. ein. ■

Euer Projektteam

(v.l.n.r.) Robert Thiele, Gabriele Freitag-Ehler, Thomas Garken und Jan-Marco Höppner



NATURSCHUTZ ZUM MITMACHEN

GÄRTNERN FÜR INSEKTENPARADIESE!

Nachdem ich im letzten OH-Brief über blühende Gemeinden und Städte berichtet habe, möchte ich euch heute über Möglichkeiten eines Insektenparadieses im eigenen Garten informieren.

Unser Garten ist ein wichtiger Lebensraum für die artenreichste Klasse der Tiere, die Insekten – deshalb sollte eigentlich jeder mindestens ein insektenfreundliches Beet oder

einen Obstbaum in seinem Garten haben. Denn durch die fleißigen Insekten und ihre Bestäubeleistung wird nicht nur sichergestellt, dass die Pflanzenwelt fortbesteht und ihre Vielfalt erhalten bleibt, auch als Nahrung für verschiedene Tiere wie Igel oder Vögel sind sie sehr wichtig. Doch sie sind nicht nur nützlich, sondern sind auch beeindruckende Tiere, die dem Garten ein lebendiges Aussehen geben.

PFLANZEN

Zum Überleben brauchen Kleiner Fuchs, Honigbiene und Schwebfliege erst einmal genügend Futter. Mit insektenfreundlichen Pflanzen können wir die Nektar- und Pollensammler unterstützen. Wahre Bienenmagnete sind im Frühling Weidenkätzchen und blühende Obstbäume, später stehen Lavendel und Thymian hoch im Kurs. Schmetterlinge saugen Nektar aus den Blütenkelchen von Sommerflieder oder Phlox und Schwebfliegen laben sich gerne an Doldenblütlern wie Fenchel. Hummeln lieben die Röhrenblüten von Fingerhut und Lupinen, begehrt ist auch der Klatsch-Mohn. Wichtig bei der Blumenauswahl ist, dass wir keine Sorten mit gefüllten Blüten wählen. Die sehen zwar hübsch aus, aber die Insekten kommen mit ihrem Rüssel nicht an den Nektar heran. Auch ein Kräuterbeet mit Salbei, Thymian, Oregano und Schnittlauch fördert den Insektenbesuch im heimischen Garten.

QUARTIERE

Natürlich brauchen Insekten nicht nur ausreichend Nahrung. Geeignete Quartiere für Sommer und Winter sind ebenso wichtig im erfolgreichen Kampf gegen das Artensterben. In einem Insektenhotel oder einer kleinen Totholz-Ecke finden Insekten gute Verstecke. Auch soll-

ten wir unseren Garten im Herbst nicht radikal säubern, sondern vertrocknete Blütenstängel stehen lassen, um den Insekten einen Unterschlupf für den Winter zu bieten.

Auf chemische Keulen sollte man natürlich zu 100 Prozent verzichten. Mit Moosvernichter, Rasendünger oder wöchentlichem Rasenmähen tun wir den Insekten keinen Gefallen. Um das Überleben der kleinen Tiere zu sichern, hilft es schon, wenn sich der Rasen selbst entwickeln kann, nicht zu oft gemäht wird und vor allem zeitlich versetzt, so dass immer ein Teilstück Wiese bestehen bleibt, auf dem sich Kräuter und Wildblumen finden. Vor allem Schmetterlinge brauchen diese Plätze, um ihre Gespinste anzulegen und sich fortzupflanzen.

Um Insekten in den eigenen Garten zu locken, muss man im Grunde nichts anderes tun, als ein reichhaltiges Nahrungsangebot anzupflanzen und ihnen einen Unterschlupf zu bieten. Vor kurzem hat der Landesverband der Gartenfreunde eine ganz wunderbare, liebevoll gestaltete Broschüre herausgegeben „Der Kleingarten lebt!“ Die ökologische Aufwertung der Gärten ist ein besonderes Thema, mit vielen Tipps zur Gestaltung eines artenreichen Gartens. Auf der Seite des Landesverbandes der Gartenfreunde Schleswig-Holstein kann man sich die Broschüre ansehen und bestellen. <https://www.kleingarten-sh.de/service/publikationen/der-kleingarten-lebt/>

Also machen wir unseren Garten zum Insektenparadies! ■

Eure
Sandra Redmann, MdL





DER SPD-KREISVERBAND OSTHOLSTEIN LÄDT EIN FAMILIENTAG IM WALLMUSEUM OLDENBURG AM 19. MAI

Im Wallmuseum am Professor-Struve-Weg 1 in Oldenburg i.H. bereiten wir auch in diesem Jahr wieder einen besonderen Sonntag für Kinder, Jugendliche und Erwachsene vor. Wir starten um 11.00 Uhr im Refektorium des Wallmuseums mit einer Begrüßung durch unseren Kandidaten für das Europaparlament Enrico Kreft und einem Flying Buffet (Getränke für Selbstzahler). Anschließend kann das Museum erkundet werden. Es wird eine Rallye, Bernsteinschleifen, eine Perlenwerkstatt und mehr geben. Zum Abschluss treffen wir uns zu Stockbrot und Musik am Feuer. Wir bitten um Anmeldung mit Name, Kontaktdaten und Teilnehmerzahl über den SPD-Kreisverband Ostholstein, Lübecker Straße 6, 23701 Eutin, E-Mail an kv-ostholstein@spd.de, Telefon 04521/5957 oder Fax 04521/2420. Im Kassenhäuschen des Museums erhält dann jede*r Angemeldete das vorbereitete Bändchen für freien Eintritt.



INFO- UND FOODTRUCK

Der europäische Truck kommt mit Belgischen Waffeln, Informationen zur Europa-Wahl und viel Spaß nach Ostholstein. Nach

BAD SCHWARTAU AM 6. MAI um 10 Uhr und an die

LÜBECKER BUCHT AM 25. MAI um 13 Uhr. Der genaue Standort wird unter <https://www.spd-ostholstein.de/> veröffentlicht.

